



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

📄: Politische Briefe : 8. Die zweite Berathung der Unfallversicherung im Reichstage.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

deutung und ist in ähnlicher Weise auch bei andern Völkern in frühern Zeiten vielleicht im Gebrauche gewesen; aber im Kampfe des amerikanischen Lebens der Gegenwart wird sie praktisch keinen Werth und keinen Erfolg haben. Bushy Head würde seinem Volksstamme eine große Wohlthat erweisen, wenn er sich selbst und die seinigen recht bald davon überzeugen könnte und wollte, daß nur in der Accommodirung an das Leben der weißen Bevölkerung der Vereinigten Staaten das Heil der Indianer liegt, und daß die Aufrechterhaltung eines patriarchalischen Sonderstaates im Innern der Union auf die Dauer ganz unmöglich ist.



## Politische Briefe.

### 8. Die zweite Berathung der Unfallversicherung im Reichstage.



hört ist die Rede, deren sich wohlmeinende Oberflächlichkeit gerne bedient, daß ein Mann seiner Zeit vorausseile. Nicht vorauszu- eilen in eine Zeit, die, ehe sie ist, gar nichts ist, vermag die Geisteskraft; seine Zeit vollkommen verstehen, aus ihren lebendigen Bedingungen und Möglichkeiten durch schöpferisches Wirken die Gegenwart auf eine vollkommnere und gesicherte Stufe des Daseins erheben, das allein ist Weisheit und geschichtliche Größe. Die künftige Zeit ist die Tochter der Gegenwart. Es wäre ein leeres Thun, sich mit einem Wesen zu beschäftigen, das noch nicht erzeugt ist, von dem niemand weiß, ob es als schwache, mißlungene Bildung oder mit kräftigen Lebenskeimen in die Reihe der Erscheinungen versetzt werden wird. Daß aber ein überlegener Mensch mit seinem Verständniß der Gegenwart allein bleibt und, weil er seinem Verständniß keine Bahn brechen kann, die Saaten der Zukunft verderben sieht, das ist ein tragisches Geschick, dessen Beispiele der Geschichte nicht fremd sind.

Ein Schatten von solchem Geschick fällt jetzt auf unsern Kanzler. Man hält ihn für einen Reactionär, weil er der Pflicht der Gegenwart entsprechen will, die kurzsichtige Zeitgenossen nicht sehen. Als das Ausnahmegesetz gegen die Socialdemokratie im Herbst 1878 erlassen wurde, da wurde die Ankündigung, daß der repressiven Maßregel heilende Mittel zur Abhilfe der Arbeiternoth folgen würden, mit allgemeinem Beifall, freilich auch mit skeptischen Mienen verschieden- gearteter Ungläubigen aufgenommen. Nicht nur die Ungläubigen, denen jede Heilung der socialen Disharmonie ein Utopien scheint, auch die andern, die keinen Weg anzugeben wissen und deshalb meinen, daß sobald keiner zu finden sei, sie alle freuten sich im Stillen, daß die Reichsregierung zu dem Bekenntniß, ihr

Verprechen nicht einlösen zu können, vermuthlich bald gezwungen sein werde. So kurzichtig sind einmal die Menschen: die Freude über den Mißerfolg eines Beneideten ist größer als die Trauer über den Schaden, der der Nation und allen Einzelnen erwächst. Aber eben weil man nicht glaubte, die Reichsregierung werde auch nur zu ernstlichen Versuchen socialer Besserung das Geschick und den Muth finden, darum mahnte man desto eifriger. Die ultramontane, fortschrittliche und liberale Presse unterließ keinen Tag die Frage: Wo bleiben die socialen Reformversuche? Aber der Reichskanzler ist nicht der Mann, der erpressenden Noth ein Verprechen hinzuwerfen, das die Ohnmacht nicht erfüllen kann. In dem Unfallversicherungsplan für einen Theil der Arbeiter erschien der erste socialpolitische Reformversuch. Wir sind schon wiederholt auf denselben zu sprechen gekommen, auf die glücklich geführte Hand, welche die Wurzel des Uebels noch nicht umspannt, aber bereits erfaßt, auf die natürlichen Gegner, die sich in dem Rufe vereinigen: Weg die Hand von dieser Stelle!

Der Vorwurf der Ohnmacht fällt nicht mehr auf den großen Mann, der die richtige Bahn zeigt, sondern auf die Schwäche und Verworenheit der Zeitgenossen, die sich nicht zu dem richtigen Entschlusse erheben. Drei Grundgedanken bilden den Plan des Kanzlers: 1. der Versicherungszwang zu Gunsten aller Arbeiter zunächst in einem begrenzten Theile der industriellen Betriebe; 2. die Versicherung durch die Unternehmer und durch die besser gestellten Arbeiter für die letztern, für den größern Theil der Arbeiter aber durch die Unternehmer und durch den Staat, der hier die locale Armenpflege entlastet; 3. die Versicherung bei einer allgemeinen monopolisirten Reichsanstalt. Wie die Knaben einen gefangnen Schmetterling, so haben die Parteien diesen Entwurf zerpfückt und zu einem Uuding gemacht. Wie der eine Knabe die Flügel ausreißt und dafür ein paar beliebige Blätter einsetzt, der zweite Knabe den Kopf abreißt und dafür etwa eine Stecknadel einsteckt, der dritte endlich den Leib zerreißt und ihn etwa durch ein Stückchen längliches Holz ersetzen will, so haben die Parteien jene geniale Arbeit zum Narrenspiel gemacht. Das Centrum hat dem Schmetterling die Flügel ausgerissen, indem es aus nie verleugneter particularistischer Tendenz die allgemeine Reichsversicherungsanstalt durch Landesversicherungsanstalten ersetzen will. Doch ist diese Mißhandlung nicht die schlimmste und von der Reichsregierung, die ja weiß, daß Mißhandlungen nicht abzuwenden sind, deshalb zugestanden worden. Denn die Landesversicherungsanstalten führen auf einem allerdings Zeit und Mittel vererbenden Umwege unausbleiblich zur Reichsversicherungsanstalt. Die Vertreter der Großindustrie aber reißen dem Schmetterlinge den Kopf ab, indem sie den Staatszuschuß bekämpfen und diesen auch wirklich aus der Commissionsvorlage entfernt haben. Die Gründe, welche für

diese Bekämpfung angeführt werden, sind so phrasenhaft, daß sie sich sogleich als bloße Vorwände verrathen. Was soll es heißen, wenn gesagt wird, man dürfe dem ärmsten Steuerzahler nichts abfordern zum Vortheil des minder armen? Mit diesem Satze muß man folgerichtig den ganzen Staat abschaffen, dessen Grundgedanken man verleugnet hat. Die Solidarität der Bürger ist der elementare Boden der Staatsidee, und zwar die Solidarität für einen Zweck, dessen Wohlthaten anerkanntermaßen niemals für alle gleich groß und auch nicht gleichzeitig sein können. An jene Phrase glauben die Vertreter der Großindustrie selber nicht, so mangelhaft es mit ihrer Intelligenz auch bestellt sein mag. Die wahre Ursache ihres Widerstandes, die ihnen auch den Beistand des Centrums zuführt, liegt in der vollkommen richtigen Erkenntniß, daß der Staatszuschuß den dauernden Ernst der Staatsfürsorge verbürgt, damit aber auch eine gewisse Bevormundung der Industrie dauernd und unausbleiblich herbeiführt. Es ist der Grundgedanke des Gesetzes, den die Großindustrie vereiteln möchte, da sie ihn nicht offen abzulehnen wagt. Die Großindustrie folgt ihrem natürlichen Egoismus, das Centrum folgt der Berechnung, ein wohlthätiges Werkzeug in der Hand des Staates sich nicht ausbilden zu lassen, dessen Verdienst und Dank dem Staate nicht zu gönnen ist, am wenigsten aber dem deutschen Reiche. Die Liberalen sind natürlich auch Gegner des Staatszuschusses und zwar aus Confusion, soweit sie es nicht aus Doctrin sind. Es ist traurig zu sehen, wie der nationale Theil der Liberalen einen Weg verschließt, auf dem dem nationalen Gedanken das kräftigste Lebensbrot zuzuführen ist. Aber die Confusion der Liberalen ist es, die dem Schmetterling zuletzt auch den Leib zerdrückt. Sie wollen durchaus neben der Reichsversicherungsanstalt, an der sie die nationale Symbolik schätzen, die concurrirenden Privatunternehmungen aufrecht halten. Die Sicherheit der Arbeiter gegenüber diesen Unternehmungen soll durch Normativbedingungen gewährleistet werden. Als solche Normativbedingungen hat man u. a. vorgeschlagen, daß das Capital, welches die Pension des verunglückten Arbeiters, berechnet nach der Wahrscheinlichkeit der fernern Lebensdauer, aufzubringen hat, sogleich nach Anerkennung der Berechtigung bei einer Staatsanstalt hinterlegt werden muß. Aber sieht man denn nicht, daß man einen wesentlichen Theil der Function mit dieser Theilung dennoch dem Staate überträgt? Sieht man denn nicht, daß man den Kampf der Privatunternehmungen gegen den Arbeiter verewigt, daß man die Privatunternehmungen auf den Weg treibt, erst Arbeiter und Unternehmer durch niedrige Prämien zu locken, dann aber die Capitalentschädigung durch alle erdenklichen Vorwände zu verringern? Die Vorwände werden nicht fehlen; wenn es nicht mehr mit der Verschuldung des Arbeiters geht, wird sich die Wahrscheinlichkeit der geringen Lebensdauer und andres dar-

bieten. Wenn die ganze Einrichtung nicht verkümmern soll, wird der Staat, durch welche Organe es auch sein möge, immerfort interveniren müssen und zu einem aufreibenden Kampfe so lange gezwungen sein, bis entweder das Reichsmonopol durchdringt oder an der Lösung der Aufgabe verzweifelt wird. Der letzte Ausgang mag es sein, auf den manche stille Hoffnung der Gegner gerichtet ist. Derjenige Theil der Unternehmer, welcher den Staatszuschuß ablehnt, die Leistung aber nicht auf die Arbeiter, sondern auf die alleinigen Schultern der Unternehmer legen will, mag ebenfalls dieser Hoffnung nicht fremd sein. Die Bedingung der alleinigen Uebernahme der Versicherungsleistung wäre aber die einzige, welche dem Staate gestatten könnte, auf die Ausschließung des Staatszuschusses versuchsweise einzugehen. Nimmer dürfte und nimmer wird der Reichskanzler eingehen auf die Heranziehung der Arbeiter aller Lohnstufen zur Selbstversicherung.

So steht heute diese Angelegenheit. Der Reichstag hat die zweite Berathung noch nicht beendet, er hat sich bereits für die Landesversicherungsanstalten entschieden, aber noch nicht über die Fragen des Staatszuschusses und des Monopols der Staatsanstalt. Der Reichskanzler konnte wegen eines schmerzhaften Ausbruchs seines chronischen Leidens vor der Pfingstpause nicht an der zweiten Berathung theilnehmen. Die Aussichten des Gesetzes sind augenblicklich gesunken, aber die Abwendung der tief und ernstlich denkenden Menschen von den Fractionen des Reichstags und von den Gesichtspunkten, denen diese Fractionen folgen, ist im Wachsen. Es kann bei ernsthaften Geistern nur Unwillen und Befremden erregen, zu sehen, wie der Kern der Frage in den Fractionen nirgends erfaßt wird, wie das Maßgebende überall die Vereinigung der Frage mit dem Fractionensinteresse bleibt. Am meisten bedauert man diese Bemerkung bei der Fraction, welche dem nationalen Gedanken dienen möchte. Wie ist es möglich, daß man hier nicht sieht, daß auf einem neuen Gebiete, dessen Technik erst zu finden und auszubilden ist, wo andrerseits die Verlangsamung der Erfahrungen zur verlangsamten Heilung schwerer Schäden führt, daß da der Staat sich der ganzen Arbeit bemächtigen muß, um einheitliche, vollständige und ungefälschte Erfahrungen so schnell als möglich zu machen? Sieht man diese Wahrheit nur darum nicht, weil man mehr liberal als national ist und weil man für liberal hält, den Staat keine neue Eroberung der öffentlichen Thätigkeit machen zu lassen, auch wenn die Eroberung noch so unumgänglich für das öffentliche Wohl, ja für den Bestand der Nation sein sollte?

---

Für die Redaction verantwortlich: Johannes Grunow in Leipzig.  
Verlag von F. L. Herbig in Leipzig. — Druck von Carl Marquart in Neudnik-Weißig.

